

Ressort: Politik

Innenministerium trägt Kompromiss beim Familiennachzug mit

Berlin, 09.05.2018, 11:31 Uhr

GDN - Das Bundesinnenministerium trägt das vom Bundesjustizministerium geforderte Recht auf Familiennachzug für Angehörige von ehemaligen Gefährdern widerwillig mit. "Wir tragen das so mit, vor allem weil die Letztentscheidung beim Bundesinnenministerium liegt", sagte Innenstaatssekretär Stephan Mayer (CSU) dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Donnerstagsausgabe).

"Wir haben da die Hand drauf." Mayer fügte hinzu: "Ich hätte auf diese Erweiterung gern verzichtet. Aber die SPD hätte sonst nicht zugestimmt." Dem CSU-Politiker zufolge geht es allerdings ausdrücklich "nicht um aktuelle Gefährder, sondern um ehemalige Gefährder, die sich selbst offenbart haben und geläutert sind. Diese können im Einzelfall Familienangehörige nachziehen lassen." Das SPD-geführte Bundesjustizministerium habe auf die Regelung aus verfassungsrechtlichen Gründen bestanden, so Mayer. Im ursprünglichen Gesetzentwurf sei der entsprechende Passus nicht enthalten gewesen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-105857/innenministerium-traegt-kompromiss-beim-familiennachzug-mit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com